

Policy brief

Bedingungen für flexible Übergänge zwischen beruflicher und akademischer Bildung

AutorInnen:

Lukas Graf, Nadine Bernhard und Ulf Banscherus

September 2021



Zusammenfassung

Die mangelnde Durchlässigkeit zwischen Berufs- und Hochschulbildung ist in den letzten Jahren bundesweit zu einem bildungspolitischen Kernthema geworden. Um den neuen Anforderungen der Arbeitswelt sowie individuellen Bedürfnissen gerecht zu werden, müssen die Übergänge im Bildungssystem erleichtert werden. Dieser Policy brief identifiziert mögliche Bedingungen für die erfolgreiche Etablierung durchlässiger Strukturen zwischen Berufs- und Hochschulbildung und leitet daraus konkrete Politikempfehlungen ab.

Problemstellung

In Deutschland besteht traditionell eine starke institutionelle Trennung zwischen den unterschiedlich ausgerichteten Systemen der beruflichen Bildung und der Hochschulbildung – eine Trennung, die in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren grundsätzlich in Frage gestellt wurde. So wird in Deutschland zunehmend eine Diskussion um die Gleichwertigkeit von Berufs- und Hochschulbildung geführt. Auslöser für diese Debatten sind dabei gesellschaftliche und sozio-ökonomische Entwicklungen, die das etablierte Verhältnis zwischen Berufs- und Hochschulbildung herausfordern. Dazu zählen der dynamische Wandel der Wirtschaft hin zu stärker wissensbasierten Tätigkeiten, die Digitalisierung der Arbeitswelt, gestiegene Bildungsaspirationen junger Menschen, ein allgemeiner Trend hin zu akademisch-hochschulischen Ausbildungsformen, demographische Veränderungen und der befürchtete Fachkräftemangel. Um auf die veränderten beruflichen und gesellschaftlichen Anforderungen reagieren zu können, entsteht in diesem Kontext zunehmend der Wunsch nach gleichen Bildungschancen und der Ermöglichung offener Bildungsbiographien etwa zur Ermöglichung des lebenslangen Lernens, deren grundlegende Voraussetzung ein institutionell durchlässiges Bildungssystem ist (Wolter, Banscherus and Kamm 2016). Aber wie kann institutionelle Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung in Deutschland gefördert werden?

Unter institutioneller Durchlässigkeit verstehen wir Strukturen, die Bildungsmobilität im individuellen Lebensverlauf fördern. Dies beinhaltet, dass die eingeschlagenen Bildungspfade nicht zwangsläufig weitergegangen werden müssen, sondern Möglichkeiten bestehen, alternative Wege zu beschreiten. Dabei geht es nicht nur um den einfachen Übergang zwischen unterschiedlichen Bildungseinrichtungen; vielmehr geht es auch um Bedingungen innerhalb dieser. Wir berücksichtigen in diesem Zusammenhang vier unterschiedliche Dimensionen von institutioneller Durchlässigkeit: den Zugang zu Bildungsgängen, die Anrechnung von Erlerntem, die organisationale Verbindung von Bildungsbereichen sowie den Umgang mit heterogenen Lernbedürfnissen (Bernhard 2017). Im Folgenden stellen wir zunächst drei Praxisbeispiele für Durchlässigkeit zwischen Berufs- und Hochschulbindung vor. Darauf aufbauend entwickeln und diskutieren wir konkrete politische Handlungsoptionen.¹

Wichtige Zahlen

2009

KMK-Beschluss zum Hochschulzugang für beruflich qualifizierte Bewerber*innen ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung.

2013

überstieg die Zahl der Anfänger*innen eines Studiums (inklusive Bildungsausländer-Innen) erstmals die Zahl der Anfänger*innen einer dualen Berufsausbildung (BIBB 2020b, S. 85).

2,2%

Studierende ohne schulische Studienberechtigung ("Studierende ohne Abitur") (2019) (CHE 2021).

14%

Anstieg der Zahl der dual Studierenden in der Erstausbildung zwischen 2014 und 2019 (AusbildungPlus-Datenbank, BIBB 2020a, S. 11).

Praxisbeispiele für Durchlässigkeit zwischen Berufs- und Hochschulbildung

Die hier dargestellten Praxisbeispiele zeichnen sich dadurch aus, dass sie als *good practice* Fälle innovative Ansätze aufzeigen, die nicht allein auf Projektebene verbleiben, sondern überregionale Strahlkraft und das Potential zur institutionellen Verstetigung und Diffusion besitzen. Die Berufsausbildung mit Abitur stellt ein Modellbeispiel aus der Sekundarstufe dar, während wir für den Tertiärbereich die Offene Hochschule Niedersachsen sowie duale Studiengänge als *good practices* präsentieren.

Die „Duale Berufsausbildung mit Abitur in Sachsen“

In Deutschland gibt es bisher nur wenige Bildungsgänge, in denen eine duale Berufsausbildung mit der allgemeinen Hochschulreife systematisch in Form einer Doppelqualifizierung verknüpft wird. Allerdings steigt die Zahl solcher Bildungsangebote in Form neuer Modellprojekte an.² Eines der ersten dieser Projekte, „Duale Berufsausbildung mit Abitur in Sachsen“ (DuBAS), wurde 2011 in Sachsen gestartet. In diesem Projekt ist die Verbindung von Berufsabschluss und allgemeiner Hochschulreife innerhalb von vier Jahren möglich. Der doppeltqualifizierende Bildungsgang kann in zehn verschiedenen Ausbildungsberufen erlangt werden. Er verknüpft schulartübergreifend die duale berufliche Ausbildung in

¹ Der vorliegende Policy Brief baut auf einer größeren Studie auf (siehe Banscheraus, Bernhard und Graf 2016 im Verzeichnis der weiterführenden Literatur), welche interessierten Leser*innen die Argumente im Detail erläutert und weitere Beispiele und Hintergrundinformationen bietet.

² So haben im Rahmen der Initiative „Höhere Berufsbildung“ des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH), dieser und die Kultusministerkonferenz (KMK) ein Konzept für das Berufsabitur im Handwerk erarbeitet, welches seit dem Schuljahr 2017/2018 in mittlerweile neun Bundesländern getestet wird.

Betrieb und Berufsschule mit dem studienqualifizierenden und somit wissenschaftspropädeutischen beruflichen Bildungsgang am Beruflichen Gymnasium in Sachsen. Eine DuBAS-Ausbildung dauert ein halbes bis ein Jahr länger als die ausgewählten Ausbildungsberufe sowie ein Jahr länger als das berufliche Gymnasium, ist aber zwei Jahre kürzer als das konsekutive Absolvieren beider Bildungsgänge.

Im Rahmen des inzwischen verstetigten DuBAS-Programms zeigt sich die wichtige Rolle sowohl von Unterstützungsstrukturen für die Lernenden vor Ort als auch eines Sicherheitsnetzes durch institutionalisierte Übergangsmöglichkeiten. Sowohl im Betrieb als auch in der Schule muss auf die starke Doppelbelastung der Schüler*innen Rücksicht genommen werden, was unter anderem einen speziellen didaktischen Umgang erforderlich macht. Ermöglicht wird dies über eine enge Zusammenarbeit der unterschiedlichen Partner*innen des Bildungsgangs, wodurch auch bestehende Probleme der Betriebe oder Schulen zusammen bearbeitet werden können. Aus systemischer Perspektive stellt sich die Herausforderung, dass die neuartigen Bildungsgänge nicht als zu starke Konkurrenz zu bestehenden Bildungseinrichtungen (wie z.B. den beruflichen Gymnasien) etabliert werden sollten, da sonst die Bereitschaft zur Unterstützung sinkt. Auf Bundesebene ist es empfehlenswert, doppeltqualifizierenden Bildungsgängen wie dem Abitur mit dualer Ausbildung noch mehr Anerkennung zu verleihen. Nicht zuletzt können diese Programme dazu beitragen, die berufliche Bildung durch den Anschluss an das Abitur für zunehmend akademisch orientierte Bevölkerungsgruppen attraktiver zu machen.

Die „Offene Hochschule Niedersachsen“

Niedersachsen war 1971 das erste Bundesland, das den Hochschulzugang für Studieninteressierte ohne schulische Studienberechtigung ermöglicht hat. Seither ist ein tragfähiges Netzwerk aus Hochschulen, Einrichtungen der Erwachsenen- und Weiterbildung, Sozialpartner*innen und Politik entstanden, das sich der Idee einer „Offenen Hochschule“ verschrieben hat. Dies äußert sich unter anderem in der großen Beteiligung niedersächsischer Bildungsinstitutionen an bundesweiten Förderprogrammen wie der Initiative „ANKOM – Übergänge von der beruflichen in die hochschulische Bildung“ (2005 bis 2011 und 2011 bis 2015) und dem Bund-Länder-Wettbewerb „Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen“ (2011 bis 2020) oder den landesspezifischen Förderlinien „Offene Hochschule Niedersachsen“ (2009 bis 2013) und „Öffnung der Hochschulen“ (2016 bis 2022). In den Projekten wurden nicht nur zahlreiche berufsbegleitende Studienangebote entwickelt, sondern auch vielfältige Erfahrungen mit Anrechnungsmodellen sowie zielgruppenspezifischen Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangeboten gesammelt. Einen Ansatz zur Institutionalisierung der Aktivitäten stellte die Gründung der „Servicestelle Offene Hochschule Niedersachsen“ im Jahr 2012 dar. Ende 2018 hat die niedersächsische Landesregierung eine Neuausrichtung der „Offenen Hochschule“ beschlossen, um die Ansprache der einzelnen Zielgruppen durch eine stärker dezentrale, regionale Aufstellung zu verbessern. Im Zuge dessen wurde die Servicestelle in die „Koordinierungsstelle für Studieninformation und -beratung in Niedersachsen“ integriert.

Am Beispiel Niedersachsens zeigen sich viele der Voraussetzungen für die Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung. Hierzu gehören neben geeigneten Formaten, flankierenden Angeboten und der hierfür notwendigen Ressourcenausstattung auch die langfristige Zusammenarbeit unterschiedlicher bildungs- und hochschulpolitischer Akteur*innen sowie eine gemeinsame strategische Zielsetzung als leitendes Handlungsmotiv.

Die Duale Hochschule Baden-Württemberg (DHBW)

Ein zentrales Beispiel für die organisationale Verbindung im Tertiärbereich ist das duale Studium. Duale Studiengänge bewegen sich an der Schnittstelle von Berufs- und Hochschulbildung und verbinden als

hybride Organisationsformen organisationale und institutionelle Elemente der klassischen Berufs- und der klassischen Hochschulbildung (Graf, 2013). Die 2009 gegründete DHBW gilt als Wiege des dualen Studiums in Deutschland und ist die zentrale Anbieterin dualer Studiengänge in Baden-Württemberg, hat ihren Ursprung aber bereits in den 1970er Jahren. Die DHBW ist mit über 34.000 Studierenden die mit Abstand größte Anbieterin dualer Studiengänge in Deutschland und die größte Hochschule des Bundeslandes. Damit studieren in Baden-Württemberg knapp 10 Prozent aller Studierenden an der DHBW (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 2020). Mit inzwischen insgesamt neun Standorten bietet die DHBW derzeit 50 duale Bachelor- und Masterstudiengänge in den Bereichen Wirtschaft, Technik und Sozialwesen und Gesundheit an (DHBW, 2021).

Das duale Studium verbindet die jeweilige institutionelle Logik des klassischen Berufsbildungssystems und des Hochschulsystems und stellt somit eine Hybridform dar, die die Felder der Berufs- und Hochschulbildung überbrückend verknüpft. Mit ihrem hybriden Aufbau zeigen die dualen Studiengänge, dass die organisationalen Unterschiede zwischen den beiden Feldern überwindbar sind. Zudem fördern sie das gegenseitige Kennenlernen der Akteure in der Berufs- und Hochschulbildung – was als wichtige Voraussetzung für die Schaffung weiterer Durchlässigkeitsinitiativen gelten kann. Die Expansion des dualen Studiums ist – neben der gegebenen Fachspezifität – allerdings dadurch beschränkt, dass für jeden Studienplatz ein entlohnter Ausbildungsplatz in einer Firma zur Verfügung gestellt werden muss.

Politische Handlungsoptionen

1. Durchlässigkeit als mehrdimensionale Aufgabe verstehen

Um Durchlässigkeit zu fördern, sollten die zu etablierenden Strukturen die verschiedenen Dimensionen von Durchlässigkeit adressieren (Zugang zu Bildungsgängen, Anrechnung von Erlerntem, organisationale Verbindung von Bildungsbereichen, Umgang mit heterogenen Lernbedürfnissen). Dabei geht es nicht nur darum, Zugang zu gewähren – zentral ist vielmehr auch, dass ein erfolgreiches Absolvieren der Bildungsgänge unter einer fairen Anerkennung des vorher Erlernten möglich ist. Neben Zugang und Anrechnung müssen auch Formen der organisationalen Verbindung von Berufs- und Hochschulbildung sowie zielgruppenspezifische Förderangebote eingesetzt werden.

2. Enge Zusammenarbeit der beteiligten Akteure der höheren Allgemeinbildung im Sekundar- und Tertiärbereich sowie der Berufsbildung

Durchlässige Bildungsstrukturen können nur längerfristig institutionalisiert werden, wenn eine faire und vertrauensvolle Zusammenarbeit der Akteure der Berufs- und Hochschulbildung gefördert und gewährleistet wird. Verstärkte Kooperation auf allen Ebenen, d.h. sowohl bei der Konzeptualisierung und Steuerung von Initiativen aber auch bei der Umsetzung in den Bildungsorganisationen, erhöht das gegenseitige Verständnis für den jeweils anderen Bildungsbereich und dessen institutionelle Logik.

3. Etablierung überregionaler Standards

Überregionale bzw. nationale Standards können helfen, bundesweit durchlässigkeitsfördernde Regelungen und Praxen einzuführen und *good practice* Fälle bundesweit zu institutionalisieren. Dies gilt vor allem dann, wenn die Standards so offen ausgestaltet sind, dass sie immer auch dem konkreten Einzelfall möglichst weitgehend gerecht werden können.

4. Etablierung zielgruppenspezifischer Beratungs- und Unterstützungsstrukturen

Die Bedeutung von Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangeboten für den individuellen Bildungserfolg wird zunehmend auch in der Bildungspolitik sowie den Bildungsorganisationen wahrgenommen. Die Einrichtung von landesweiten Beratungs- und Unterstützungsstrukturen auch schon frühzeitig in den Bildungsbiographien kann unter anderem zu einer größeren Transparenz über

Bildungsangebote, Zugangsmöglichkeiten und Anrechnungsverfahren, aber auch zur Entwicklung passgenauer Studienangebote beitragen.

5. Verschiedene Formen der Verbindung und Anrechnung von Berufs- und Hochschulbildung fördern

Dies kann im Tertiärbereich etwa über das duale Studium oder im Sekundärbereich mit dem Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung in Verbindung mit einer beruflichen Ausbildung geschehen.

Der Vorteil für die Bildungsteilnehmer*innen all dieser institutionell durchlässigen Bildungsformate ist die entsprechende Sozialisation und damit das erworbene Verständnis für Berufs- und höhere Allgemeinbildung sowie die erhöhte Flexibilität (vor allem von Doppelqualifikationen) in Hinblick auf weitere Bildungswege und Karrieremöglichkeiten. Gleichzeitig tragen verschiedenste Formen der organisationalen Verbindung auch zu einem besseren gegenseitigen Verständnis der Akteure der beteiligten Bildungsbereiche bei. Ebenso relevant ist die Entwicklung und Institutionalisierung von Instrumenten zur Anrechnung von Leistungen, die im jeweils anderen Bildungsbereich (d.h. Berufs- oder Hochschulbildung) erbracht wurden.

6. Weiterbildung und Sensibilisierung des Personals in den Bildungsorganisationen

Durchlässige Strukturen zu fördern, bedeutet nicht nur Regelungen und Standards einzuführen. Diese müssen schließlich auch in den Organisationen selbst umgesetzt werden. Insofern müssen die Mitarbeiter*innen in den Organisationen – sei es auf Ebene der Verwaltung oder in der Lehre – auf die neuen Aufgaben, die durch durchlässigkeitsfördernde Strukturen und neue Zielgruppen aufgekommen sind, vorbereitet werden.

Empfehlungen und Ausblick

In Deutschland existieren inzwischen eine ganze Reihe vielversprechender Projekte an der Schnittstelle von Berufs- und Hochschulbildung. Nachdem die letzten Jahre als eine Phase der Innovation und Initiierung bezeichnet werden können, ist jetzt eine Phase der Konsolidierung und der weiteren Institutionalisierung erfolgreicher Initiativen notwendig und sollte aktiv gefördert werden. Ein zentrales Ziel muss dabei sein, die lokale Ebene zu überwinden und auf Länder- wie auch auf Bundesebene möglichst transparente und kompatible Regelungen zu schaffen. Dies ist nicht zuletzt deswegen von außerordentlicher Bedeutung, weil der derzeitige „Dschungel“ an Optionen im Schnittstellenbereich zwischen Berufs- und Hochschulbildung noch zu unübersichtlich ist, um hinreichend Orientierung und Planungssicherheit bieten zu können. Es wird also nicht nur darauf ankommen, die bestehende Beratungsinfrastruktur weiter auszubauen und zu verbessern, sondern vielmehr die bestehenden institutionellen Strukturen transparenter zu machen und in bundesweit anerkannte Bahnen zu lenken.

1. Ausbau und Konsolidierung



Erfolgreiche Initiativen ausbauen und konsolidieren.

2. Standardisierung



Kompatible Standards auf Länder- und Bundesebene schaffen.

3. Transparenz



Flexible Bildungspfade sichtbarer und transparenter machen.

4. Beratungsstrukturen



Beratungsinfrastruktur weiter ausbauen und verbessern.

Weiterführende Lektüre



Banscherus, U., Bernhard, N. & Graf, L. (2016). *Durchlässigkeit als mehrdimensionale Aufgabe. Bedingungen für flexible Bildungsübergänge*. Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung.

Bernhard, N. & Graf, L. (im Erscheinen) Integrating Vocational and Academic Worlds of Learning in the Knowledge Economy. In: Bonoli, G. & Emmenegger P. (Hrsg.) *Collective skill formation systems in the knowledge economy*. Oxford, Oxford University Press.

Literaturverzeichnis

- Bernhard, N. (2017) *Durch Europäisierung zu mehr Durchlässigkeit? Veränderungsdynamiken des Verhältnisses von beruflicher Bildung zur Hochschulbildung in Deutschland und Frankreich*. Leverkusen: Budrich UniPress.
- BIBB (2020a) *AusbildungPlus in Zahlen. Duales Studium 2019*. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung.
- BIBB (2020b) *Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2020*. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung.
- CHE (2021) <https://www.che.de/download/laenderberichte-studium-ohne-abitur-2019/> (28.07.2021)
- DHBW (2021) <https://www.dhbw.de/die-dhbw/wir-ueber-uns/zahlen-fakten> (30.6.2021)
- Graf, L. (2013) *The Hybridization of Vocational Training and Higher Education in Austria, Germany, and Switzerland*. Leverkusen: Budrich UniPress.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, (2020) https://www.statistik-bw.de/BildungKultur/Hochschulen/HS_StudentenAkt.jsp (29.6.2021)
- Wolter, A., Banscherus, U. & Kamm, C. (Hrsg.) (2016): *Zielgruppen Lebenslangen Lernens an Hochschulen. Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung des Bund-Länder-Wettbewerbs „Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen“*, Bd. 1, Münster: Waxmann.

Kontakt



Prof. Dr. Lukas Graf
Assistant Professor of Educational Governance,
Hertie School
graf@hertie-school.org



Dr. Nadine Bernhard
Postdoktorandin,
Humboldt-Universität zu Berlin
nadine.bernhard@hu-berlin.de



Dr. Ulf Banscherus
Leiter der Kooperationsstelle Wissenschaft und
Arbeitswelt,
Technischen Universität Berlin
ulf.banscherus@tu-berlin.de


**Addressing Germany's
governance challenges**

Dieser Bericht ist Teil vom Hertie-School-Projekt zur öffentlichen Reform. Erfahren Sie mehr dazu [hier](#).

hertie-school.org